

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SOA/05/2007  
**Gremium:** Sozialausschuss  
**Tag:** Donnerstag, 09.08.2007  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Behindertenbeirat
4. Bericht aus dem Seniorenbeirat
5. Pflege- und Wohnberatung für Menschen mit Demenz  
Hier: Erfahrungsbericht
6. Masterplan Wohnen  
Vorlage: 0633/2007
7. Bericht der ARGE
8. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere  
hier: Jahresberichte 2006  
Vorlage: 0598/2007
9. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung



## B. SITZUNGSVERLAUF

---

### I. Öffentlicher Teil

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### 1. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung bleibt unverändert.

#### 2. Mitteilungen

Frau Machatschek weist auf eine Veranstaltung "Demenz" am 21.08.07 in der SIHK hin und bittet um rege Teilnahme.

Frau Buchholz merkt an, dass die Unterlagen für den Sozialausschuss erst am Montag in der Post gewesen seien. Sie bittet, dass die Unterlagen vor dem Wochenende zugestellt werden.

Frau Krause teilt in ihrer Eigenschaft als Geschäftsführerin des Ausschusses mit, dass die Unterlagen fristgemäß gemäß Geschäftsordnung des Rates eine Woche vor der Sitzung versandt wurden. Sie sagt zu, zu prüfen, warum die Unterlagen erst so spät zugestellt wurden.

Auf Nachfrage von Frau Machatschek melden sich noch andere Ausschussmitglieder, bei denen die Unterlagen zu spät ankamen.

Herr Dr. Schmidt berichtet über ein Projekt "Seniorengerechte Stadt", für dessen Vorbereitung die Stadt Anfang des Jahres Geld aus EU-Mitteln erhielt. Mittlerweile lägen 17 Projektideen vor. Von diesen Ideen sollten einige in Hagen in den nächsten drei Jahren durchgeführt werden. Die EU finanziere 50 % der Kosten. Die städtischen Eigenmittel dürften den Haushalt natürlich nicht belasten. Für den Sozialausschuss und den Rat würde eine entsprechende Vorlage vorbereitet. Im Sozialausschuss solle die Berichterstattung und Steuerung der Projekte erfolgen.

Frau Machatschek zeigt sich erfreut über die eingegangenen Anträge und hofft, dass diese auch realisiert werden können.

#### 3. Bericht aus dem Behindertenbeirat

Herr Denecke berichtet über die Aktivitäten des Behindertenbeirates.



#### 4. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Insel berichtet über die Aktivitäten des Seniorenbeirates.

Die Bezirksvertretung Hagen -Nord habe die Bitte an die Verwaltung herangebracht, einen Mehrgenerationenpark im Hagener Norden einzurichten.

In diesem Zusammenhang führe die Bezirksvertretung Eilpe / Dahl vom 14.-23.09.07 eine Veranstaltung mit dem Titel "Proberäume Denkfabrik Hagen / Projekt Stadtumbau Oberhagen" durch. Auch hier gehe es um den Zusammenhalt aller Generationen. Hier seien alle aufgefordert, die Veranstaltung zu besuchen und Vorschläge einzureichen.

Herr Dücker erinnert daran, dass ein solcher Begegnungspark in Haspe vorhanden sei, jedoch leider nicht genutzt würde. Dieser müsse mit Leben gefüllt werden.

Frau Machatschek hält diesen Park für eine geeignete Begegnungsstätte nicht nur für die Generationen sondern auch für Menschen mit Migrationshintergrund.

#### 5. Pflege- und Wohnberatung für Menschen mit Demenz Hier: Erfahrungsbericht

##### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt ganz herzlich Frau Weirauch vom Fachbereich Jugend & Soziales, die diesen Bericht auch schon im Seniorenbeirat gehalten habe.

Frau Weirauch stellt sich vor und berichtet über ihre Erfahrungen aus dem Gebiet "Pflege- und Wohnberatung für Menschen mit Demenz".

Herr Dr. Schmidt erklärt ergänzend, dass das soeben Gehörte auch etwas mit Konsolidierung zu tun habe. Man versuche, durch Einrichtung dieser Stelle und durch diese Arbeit zu verhindern, dass Menschen in Heime kämen und Kosten verursachten. Er fragte Frau Weirauch, ob es hier eine Größenordnung gebe, über die sie berichten könne.

Frau Weirauch teilt dazu mit, dass es solche Fälle sicherlich gebe, in denen über bestimmte Zeiträume eine Heimeinweisung zeitlich nach hinten verschoben würde. Beziffern könne sie die Erfolge jedoch noch nicht. Die Tendenz zeichne sich deutlich ab.

Herr Dr. Brauers ergänzt, dass es in diesem Fall tatsächlich so sei, dass man das fachlich Angenehme mit dem finanziell Nützlichen verbinden könne. Man



habe bereits mit dem Konsolidierungsmanagement der Stadt Hagen eine Vereinbarung geschlossen, die über 125.000 € ginge. Dieser Betrag könne nach seiner Meinung auf jeden Fall eingespart werden im Vergleich zur Heimunterbringung.

Frau Machatschek sieht die Notwendigkeit dieser betriebswirtschaftlichen Überlegungen ein, hat jedoch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten Probleme damit. Sie sieht auf jeden Fall den Erfolg der Stelle und die damit verbundene Entlastung der Angehörigen.

Sie bedankt sich bei Frau Weirauch für den Vortrag und wünscht ihr weiterhin alles Gute und viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

## 6. **Masterplan Wohnen** **Vorlage: 0633/2007**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Voss erläutert die Vorlage.

Frau Machatschek erinnert an den seinerzeit gefassten Zusatzbeschluss des Sozialausschusses, der besagte, dass die Wohlfahrtsverbände in diesen Prozess mit eingebunden werden sollten. Dazu habe sie in der Vorlage wenig gefunden. Werde dieser Beschluss zukünftig berücksichtigt?

Herr Voss erwidert, dass man den Masterplan nicht losgelöst als Einzelplan, sondern in viele Teilbereiche aufgegliedert betrachten müsse. In diesen konkreten Bereichen müssten die Wohlfahrtsverbände und andere Akteure dann mit einbezogen werden.

Herr Mervelskemper merkt an, dass ihm bei der Vorlage der gesamtübergreifende Aspekt fehle. In der Vorlage gehe es nur um altengerechtes Wohnen. Dies sei ja nur ein Teilaspekt des Ganzen. Es sei von einem Maßnahmenkatalog die Rede, der für den Ausschuss sicher interessant sei.

Herr Voss weist darauf hin, dass sich der Maßnahmenkatalog sich im Handlungskonzept Wehringhausen wiederfinden werde, der ja dann dem Sozialausschuss auch vorgestellt werde.

Frau Buchholz ergänzt die Ausführungen von Herrn Mervelskemper dahingehend, dass sie in der Vorlage die Darstellung der verschiedenen Zielgruppen vermisst habe.

Herr Voss greift die Anregung auf. Klar sei, dass Zielgruppe nicht nur der ältere Mensch sei. Das werde dann in den Einzelvorlagen zum Maßnahmenpaket "Lebendiges Hagen" deutlich werden. Er weist jedoch noch einmal darauf hin, dass es sich um einen fachübergreifenden Prozess handele, der prozessartig abgearbeitet werde.



Frau Machatschek erklärt, dass dieser Masterplan Wohnen dem Sozialausschuss besonders wichtig sei. Man habe sich intensiv damit befasst. Sie bittet Herrn Voss in einem halben Jahr um eine weitere Berichterstattung in dieser Angelegenheit.

## **Beschluss:**

Der Zwischenbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

## **Abstimmungsergebnis:**

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

## **7. Bericht der ARGE**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Rumberg erläutert den vorliegenden Bericht der ARGE.

Herr Hartmann möchte Herrn Rumberg eine Rückmeldung dahingehend geben, dass er im Zusammenhang mit der Teilzeitmaßnahme der jungen Mütter diese heute noch unterrichtet habe. Die Arbeit mache sehr viel Spass und das Geld sei bei dieser Maßnahme wirklich gut angelegt. Die jungen Frauen seien sehr motiviert.

Auf die Frage von Herrn Halbeisen, wie viele Arbeitsgelegenheiten mit Entgeltvariante in diesem Jahr geplant seien, erklärt Herr Rumberg, dass es sich um 220 Arbeitsgelegenheiten handele.

Herr Halbeisen erklärt, dass ihm aufgefallen sei, dass die Maßnahme der Busbegleiter nur für 9 Monate gefördert würde. Wie komme es zu diesem Zeitraum?

Herr Rumberg macht deutlich, dass dies ein Problem im Zusammenhang mit Förderketten sei. Bei dieser sozialversicherungspflichtigen Entgeltvariante bestehe zur Zeit noch eine Beitragspflicht zur Bundesagentur für Arbeit. Es mache natürlich keinen Sinn, die Maßnahme 12 Monate laufen zu lassen, weil man als



ARGE diesen Drehtüreffekt nicht fördern dürfe. Von daher habe man die Maßnahme auf 9 Monate beschränken müssen. Die Maßnahme selbst werde aber längern laufen, aber dann mit anderen Teilnehmern besetzt. Der Gesetzgeber habe dieses Problem erkannt und bei neueren Modellen ab Herbst für Ältere und Jugendliche sei die Sozialversicherungspflicht zur Bundesagentur für Arbeit ausgenommen. Hier habe man dann die Möglichkeit einer längeren Förderdauer.

Die Frage von Herrn Halbeisen, ob die Entlohnung bei Arbeitsplätzen mit Kombilohn unter 7,50 € liege, wird von Herrn Rumberg bejaht. Die Arbeitnehmer bezögen das ortsübliche Arbeitsentgelt.

Herr Halbeisen möchte zu den Maßnahmen zur Erlangung von Hauptschulabschlüssen der Klassen 9 und 10 wissen, ob sich diese nur auf Anspruchsberechtigte nach dem SGB II beziehe. Sei dies kompatibel mit Berechtigten nach dem SGB XII?

Herr Rumberg teilt dazu mit, dass die ARGE nur Bezieher von SGB II finanzieren könne.

Die Maßnahme sei auch dafür ausgerichtet, da berufsbegleitende Elemente enthalten seien. Von daher würde das bei einer Zusammenlegung nicht passen.

Dr. Schmidt schlägt vor, diese Problematik mit in die Trägerversammlung zu nehmen und dort zu diskutieren, ob es im Einzelfall Ausnahmen möglich wären. Im dritten Jahr sei man mit der Differenzierung der Maßnahmen ein gutes Stück weiter gekommen, aber in der Wirksamkeitsanalyse sei man noch nicht viel weiter gekommen. Man sei aber auch dabei auf einem guten Weg.

Herr Halbeisen bittet, sein Anliegen im Protokoll festzuhalten.

Herr Mervelskemper lobt den Bericht, da er zielgruppenorientiert sei, was man in der Vergangenheit immer wieder bemängelt habe. Er möchte wissen, inwieweit die Mittel, die eingeplant worden seien, ausgegeben worden seien. Wenn noch Mittel vorhanden seien, bestehe dann die Möglichkeit, durch gezielte zusätzliche Maßnahmen diese Mittel in Hagen zu behalten? Außerdem möchte er wissen, wie viele Sanktionsmaßnahmen es gebe.

Herr Rumberg erklärt, dass die ARGE bei einer Mittelbindung von 88 % liege. Ausgegeben worden seien 42 % der Mittel. Die freien Mittel in Höhe von 12 % seien ausnahmslos verplant. Hierbei seien nur Maßnahmen für das Jahr 2007 berücksichtigt. Für den Fall, dass Mittel frei würden, gebe es konkrete Pläne, die Mittel sinnvoll einzusetzen.

Frau Küper bezieht sich auf die Frage von Herrn Mervelskemper bezüglich der Sanktionen und teilt mit, dass es hier keine aktuellen Daten gebe. Im März 07 seien 2,9 aller arbeitslosen Erwerbstätigen und 3,2 aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sanktioniert worden. Man liege damit knapp über dem Landesdurchschnitt. Die Werte unterlägen einem ständigem Wechsel. Sie weist auf eine Tischvorlage hin, die Auskunft über die Mitarbeiterschulun-



gen gibt (siehe Anlage). Herr Kirchhoff hatte in einer der letzten Sitzungen danach gefragt.

Frau Machatschek gibt zu bedenken, dass die nächste Trägerversammlung erst im Oktober stattfindet und schlägt vor, sich ggf. noch einmal eher zu treffen, um der Tendenz gegenzusteuern, dass Geld unverbraucht zurückgehe.

Auf eine Frage von Herrn Kilic antwortet Herr Rumberg, dass die Teilnehmerzahl für den Abschluss der 9. und 10. Klasse bereits von 50 auf 60 Teilnehmer erhöht wurde. Er ist nicht der Meinung, dass nur der Migrationshintergrund dazu führe, dass man den Hauptschulabschluss nicht schaffe, sondern es gebe auch andere Faktoren. Das Feld sei repräsentativ gemischt. Bei diesem Personenkreis sei eine Ausbildung schwierig. Die Betroffenen kämen für eine Minimalqualifikation in Frage, um eine Perspektive zu haben. Wenn der Träger eine positive Prognose abgebe, sei es auch möglich, die Prüfung zu wiederholen.

Auf die Frage von Frau Machatschek, wie hoch die Pauschalkosten pro Teilnehmer für die Arbeitsgelegenheiten seien, antwortet Herr Rumberg, dass diese bis zu 280 € betragen. Bei einer der letzten Sitzungen war ein Betrag in Höhe von 330,- € genannt worden, was zu Irritationen geführt hatte. Herr Rumberg sagt zu, die Angelegenheit zu prüfen.

Herr Mervelskemper nimmt Bezug auf den in Folge zu beratenden Bericht der Verbände im Zusammenhang mit der Schwangerschaftskonfliktberatung. Als Problem werde die unterschiedliche Bewilligungspraxis der einzelnen Sachbearbeiterinnen beschrieben. Es wäre erstrebenswert, hier eine einheitliche Lösung herbeizuführen.

Frau Küper gibt zu bedenken, dass ein Überreglement zur Gleichbehandlung auf Kosten der individuellen Betreuung gehe. Man schränke sich selber ein, wenn die Dinge bis ins Detail geregelt seien. Es gebe einen regelmäßigen Austausch mit den Damen der Schwangerschaftskonfliktberatung.

Frau Machatschek stellt fest, dass es heute für die ARGE ein sehr positives Echo gegeben habe. Sie wünscht Herrn Rumberg und Frau Küper weiterhin alles Gute.

**8. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere  
hier: Jahresberichte 2006  
Vorlage: 0598/2007**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Kurte schlägt für ihre Fraktion vor, die Vorlage heute in erster Lesung zu behandeln.

Frau Machatschek stellt fest, dass die Ausschussmitglieder damit einverstanden sind.



den sind.

Herr Dücker nimmt Bezug auf ein Gespräch der Verwaltung mit den freien Wohlfahrtsverbänden, das kurz vor den Sommerferien stattgefunden habe und möchte wissen, was Inhalt dieses Gespräches gewesen sei. Außerdem schlägt er vor, zu dem Tagesordnungspunkt für die zweite Lesung einen freien Träger einzuladen, der seine Arbeit vorstellt.

Herr Dr. Schmidt berichtet, dass eines der Themen dieses Treffens die Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatung Donum Vitae gewesen sei. Hier sei Auftrag des Sozialausschusses gewesen, Leistungskriterien zu entwickeln. Weiterhin sei der Haushalt Thema gewesen. Man werde in den neuen Verhandlungen versuchen müssen, Leistungen kostengünstiger einzukaufen. Weiterhin gehe es um die Laufzeit der Verträge. Diese endeten Ende 2008. Um monetäre Effekte zu erzielen, hätte man die Verträge zum 31. Juli kündigen müssen. Man habe auf das Kündigungsrecht verzichtet und den Termin auf den 01.01.2008 verschoben. Ziel sei natürlich, die Verträge, inhaltlich so fortzuführen.

Herr Halbeisen nimmt Bezug auf die Förderung der AWO im Zusammenhang mit der nachgehenden Hilfe für ehemals obdachlose Haushalte. Er habe über seine Fraktion gehört, dass der Haupt- und Finanzausschuss und der Kämmerer Probleme hätten, die Gegenrechnung der Verwaltung nachzuvollziehen, dass durch eingesparte Kosten bei Obdachlosenunterkünften die Finanzierung der Fachleistungsstunden kompensiert werden könnten.

Herr Dr. Schmidt nimmt insofern Stellung, dass der Kämmerer keine andere Auffassung haben könne, da er die Vorlage mit unterzeichnet haben müsse. Insofern gehe er davon aus, dass der Kämmerer das mittrage. Natürlich habe die Konstruktion von Anfang an Bauchschmerzen gemacht, da man die Wohnungsverbände mit erheblicher Mitbeteiligung bedacht hätte. Dies sei trotz vielfältiger Mühe nicht gelungen. Nun gebe es einen Ratsbeschluss, der diese Stelle einstimmig weiter fördere, auch wenn die Beteiligung nicht gelänge. Die Vorlage diene dazu, den Haupt- und Finanzausschuss darüber zu informieren, dass mit dem Zuschuss nicht gerechnet werden könne. Es sei eine schlichte Informationsvorlage. Man habe noch einmal deutlich gemacht, dass Obdachlosenunterkünfte in Höhe von 60.000 € abgemietet werden könnten. Insofern gebe es auch eine Gegenrechnung, die monetär darstellbar sei.

Frau Machatschek teilt die Auffassung von Herrn Dr. Schmidt. Der Sozialausschuss müsse hierzu nichts beschließen.

Diese Vorlage würde nun in erster Lesung zur Kenntnis genommen und in die nächste Sitzung übertragen.

## **Beschluss:**

Die Vorlage der Verwaltung wird ebenso wie die Berichte der Wohlfahrtsverbände als erste Lesung zur Kenntnis genommen.  
Eine weitere Beratung erfolgt in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses am 06.09.07.





## Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

### 9. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

Herr Halbeisen nimmt Bezug auf eine Vorlage, die im Beschwerdeausschuss beraten worden sei. Es handele sich hierbei um einen Bürgerantrag auf Initiative des DGB. Der Beschwerdeausschuss habe sich aufgrund des Umfangs des Antrages nicht in der Lage gesehen, diesen zu beraten und zu beschließen und habe ihn an den Sozialausschuss zurückverwiesen. Warum sei dieser Antrag heute nicht auf der Tagesordnung? Wann werde dieser Antrag im Sozialausschuss beraten?

Frau Machatschek teilt hierzu mit, dass die Angelegenheit zunächst noch einmal im Beschwerdeausschuss beraten und dann in den Sozialausschuss verwiesen werde.

Außerdem hat sie auch eine Anfrage. Sie habe einen Brief von den Beratungsstellen bekommen, dass die Familienhebamme die Verwaltung verlassen möchte. Sie wolle fragen, ob das so stimme. Wenn ja, werde die Stelle dann wieder gleich besetzt?

Herr Strate bestätigt, dass Frau Rodney zum Jahresende gekündigt habe. Man stehe jedoch noch in Verhandlungen. Möglicherweise ließe sie sich umstimmen. Es bestehe aber in jedem Fall die Absicht, das Arbeitsfeld fortzuführen.

Frau Machatschek hat eine weitere Anfrage. Sie habe in der Zeitung gelesen, dass es wesentlich mehr Obdachlose in Nordrhein-Westfalen geben solle als ursprünglich in der Statistik vorgestellt worden sei. Die Stadt Hagen solle in diesem Zusammenhang in ein Pilotprojekt einbezogen werden.

Herr Halbeisen führt die neuen Zahlen darauf zurück, dass die seit 15 Jahren geübte Kritik nunmehr vom Ministerium insofern korrigiert worden sei, dass nun auch andere Menschen einbezogen worden seien, die nicht in Obdachlosenunterkünften unterkommen, sondern bei Freunden und auf der Straße leben. Es sei nur ein Nachvollzug von Datenmaterial, das schon lange vorhanden sei.

Herr Dr. Schmidt hat von dem Pilotprojekt noch nichts gehört, kann sich aber vorstellen, dass ministerielle Presseerklärungen mit der Vorbereitung von Projekten verbunden würden. Er sagt zu, darüber zu berichten.

Frau Machatschek hat eine weitere Anfrage. In einer der letzten Sitzungen sei gesagt worden, dass die Mittel im Suchtbereich unter anderem auch für die Aids-Hilfe kommunalisiert würden. Sei das schon für das nächste Jahr geplant? Könne dort schon eine Tendenz festgestellt werden?



Herr Dr. Schmidt bestätigt, dass dies genau sein Wissensstand sei, dass das Land beabsichtige, für 2008 eine Pauschale zur Verfügung zu stellen. Über die Höhe wisse er noch nichts.

Herr Strate kann mitteilen, dass der aktuellste Stand sei, dass für 2008 noch keine Lösung für die Verteilung der Landesmittel gefunden worden sei und daher vorgesehen sei, die Förderung 2008 nach altem Schema vorzunehmen und erst 2009 eine veränderte Verteilung vorzunehmen.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.00 Uhr

Gez. Machatschek

Dorothee Machatschek  
Vorsitzende

Gez. Krause

Sabine Krause  
Schriftführerin